

7. Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern (LJHA M-V)

Ergebnisprotokoll

der 9. Sitzung des 7. LHJA am 08.11.2018

Ort: Kommunaler Sozialverband M-V
Beratungsraum 1.04, 1. OG links
Am Grünen Tal 19
19063 Schwerin

Beginn: 09:30 Uhr

Ende: 11:30 Uhr

Leitung: Herr Heibrock, Vorsitzender

Protokoll: Herr Groth, KSV-M-V, Landesjugendamt

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Protokoll der 8. Sitzung vom 20.09.2018
4. Aufgabenbeschreibung für einen Unterausschuss „Jugend- und Schulsozialarbeit“ (verantwortlich: Frau Schönowski, Frau Kaiser, Herr Gäde) - ggf. Beschlussfassung über die Einsetzung eines Unterausschusses
5. Bericht über das Expertenhearing zum Thema Fachkräftebedarf am 14.09.2018 beim Schabernack e.V., Güstrow (verantwortlich: Herr Thönelt)
6. Bericht aus der AG „Eigenständige Jugendpolitik“ (verantwortlich: Herr Thönelt)
7. weitere Berichte
8. Tagesordnung/Themen für die folgenden Sitzungen des LJHA
9. Sonstiges

Anwesenheit:

Die Anwesenheitsliste der 9. Sitzung wird als Anlage „Teilnehmerliste“ dem Protokoll beigelegt.

TOP 1

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses, Herr Heibrock, eröffnet die 9. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit des Landesjugendhilfeausschusses ist mit 8 stimmberechtigten Mitgliedern gegeben.

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist mit der Einladung zugegangen. Es gibt keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche. Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 3 Protokoll der 8. Sitzung des 7. LJHA

Das Protokoll der 8. Sitzung vom 20.09.2018 ist mit der Einladung zugegangen. Es gibt dazu keine Anmerkungen oder Ergänzungen. Das Protokoll wird genehmigt.

TOP 4 Aufgabenbeschreibung für einen Unterausschuss „Jugend- und Schulsozialarbeit“ (verantwortlich: Frau Schönowski, Frau Kaiser, Herr Gäde) - ggf. Beschlussfassung über die Einsetzung eines Unterausschusses)

Frau Schönowski bittet darum, das Thema in der nächsten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Die Endabstimmung des Textvorschlages unter den drei Mitgliedern war noch nicht möglich. Herr Heibroock regt an, den abgestimmten Textvorschlag nach Möglichkeit nicht erst in der nächsten Sitzung vorzustellen, sondern allen Mitgliedern bereits im Vorfeld zukommen zu lassen. Frau Schönowski erklärt, dass die Gruppe ohnehin in der Weise vorgehen wollte.

TOP 5 Bericht über das Expertenhearing zum Thema Fachkräftebedarf am 14.09.2018 beim Schabernack e.V., Güstrow (verantwortlich: Herr Thönelt)

Herr Thönelt berichtete über den Fachtag am 14.09.2018 in Güstrow. Es gab u. a. einen Beitrag von Herr Prof. Groth von der Hochschule Neubrandenburg, der sich mit der Verdienstsituation in Mecklenburg-Vorpommern befasst. In diesem Bereich ist M-V, im Vergleich zu anderen Bundesländern, gar nicht so schlecht aufgestellt. Allerdings gibt es bei Lohnnebenleistungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, betriebliches Gesundheitsmanagement, Weiterbildung, Supervision usw.) Unterschiede. Auch bei den Arbeitszeitmodellen und der Befristung von Arbeitsverträgen gibt es Handlungsbedarf. Im Beitrag von Herrn Jens Lange ging es u. a. um die tätigen Personen in der Kinder- und Jugendhilfe von 2006 bis 2016. Im Wesentlichen gab es in diesem Zeitraum Personalzuwächse in fast allen Bereichen. Der Altersdurchschnitt der Beschäftigten stieg über die Jahre an und wird auch in Zukunft weiterhin steigen. Ein weiterer Beitrag befasste sich mit den „Arbeitsbedingungen als Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung sozialer Arbeit“. Die Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im

Beruf, die Betriebskultur, der Sinn der Arbeit, der Arbeitszeitlage und Arbeitsintensität, die Belastung im Job, das Einkommen u.v.m. wurden in einem Cluster dargestellt. Am Ende der Veranstaltung gab es vier Foren. Aus diesen sind folgende Ergebnisse bzw. Forderungen hervorgegangen. Es sollte eine auskömmliche Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe in M-V langfristig abgesichert werden. Es sollte eine reale Bedarfsplanung für Ausbildungs- und Studienplätze erfolgen. Der Verwaltungsaufwand für die Mittelvergabe sollte verringert werden. Es sollte ähnlich wie bei den Lehrern eine Kampagne, eine Werbeoffensive des Landes geben, um Personal für den Bereich zu werben. Träger sollten selbst Fachkräfte ausbilden können. Die Ausbildungsvergütung sollte eingeführt bzw. erhöht werden. Ein betriebliches Gesundheitsmanagement und eine betriebliche Altersvorsorge sollte eingeführt werden. Im zweiten Forum „Gerechte Entlohnung der Fachkräfte, aber wie?“ kam man zu folgenden Ergebnissen. Mindeststandards zur fachlichen Eignung und Personal- und Betreuungsschlüssel sollten möglichst einheitlich bundesweit geregelt werden. „Mecklenburg-Vorpommern“ sollte einen Rahmentarifvertrag Soziales mit den Gewerkschaften aushandeln und auch anwenden. Träger sollten aktiv mit Gewerkschaften zusammen arbeiten. Tariferhöhungen dürfen nicht zur Folge haben, dass Leistungen begrenzt oder eingestellt werden. Im dritten Forum ging es um Aus- und Fortbildung. Berufsbegleitende Qualifizierungen sollten durch Träger und Land angeboten werden, insbesondere bei Quereinsteigern. Die Akademisierung sollte insbesondere im Bereich Kita und Pflege erweitert werden. Im vierten Forum „Wertschätzung und Gesundheitsförderung“ wurden folgende zentralen Aussagen getroffen. Es sollte eine Ausbildung zum Gesundheitscoach angeboten werden, Teambuildingmaßnahmen und Mitarbeitergespräche sollten mindestens einmal pro Jahr durchgeführt werden, Mitarbeiterbeteiligung sollte konzeptionell verankert werden und Mitarbeiter sollten zu ihrem Wohlbefinden befragt werden.

Im Zuge des Themengebietes berichtet Frau Kehrhahn-von Leesen über eine ähnliche Veranstaltung am Institut für Urbanistik im Oktober 2018. Dabei ging es zum einen um den „Status Quo“ der Personalsituation in der Kinder- und Jugendhilfe. Dort wurde angeführt, dass es in den letzten 2 bis 3 Jahren bundesweit ca. 5000 neue ASD-Mitarbeiter gab. Um den Bedarf in Zukunft zu decken, werde dies aber nicht ausreichen. Darüber hinaus ging es um die Arbeitsbedingungen in anderen Bundesländern und Städten. In der Veranstaltung wurde als positives Beispiel die Stadt München benannt. Dort werden bereits viele der im Expertenhearing bzw. den Foren genannten Punkte (Supervision, Wohnungssuche, Anwerbungsprämie, Kindertagesplätze, verschiedene Arbeitszeitmodelle, betriebliches Gesundheitsmanagement) erfolgreich in der Praxis angewendet.

Herr Deiters merkt an, dass insbesondere auf Bundesebene Gesetze vorbei am Bedarf gemacht werden und deren Ansprüche in der Praxis nicht erfüllt werden können.

TOP 6 Bericht aus der AG „Eigenständige Jugendpolitik“ (verantwortlich: Herr Thönelt)

Herr Thönelt berichtet über die Arbeit der Arbeitsgruppe. Der erste Termin war am 03.09.2018. Dabei haben sich die Mitglieder auf folgenden Fahrplan verständigt. Es werden fünf zentrale Kategorien in den Blick genommen, die auch direkt mit Jugendlichen debattiert und diskutiert werden sollen. Im Januar 2019 gibt es dazu einen Termin an einer Schule in M-V bei dem Schüler der 9. Klasse befragt werden. Die Teilnahme ist freiwillig. Es gibt fünf Thementische mit folgenden Themen: Mobilität, Digitalisierung, Freizeitverhalten und –wünsche, Schule und Lebensort. Die Ergebnisse werden von Studierenden dokumentiert und in ein einheitliches Raster gebracht, um eine Aussagekraft herzustellen. Die Ergebnisse werden voraussichtlich Mitte Februar 2019 zur Verfügung stehen. Von Frau Schlesinger kommt der Hinweis, dass für die Befragung die Genehmigung der Elternhäuser notwendig ist. Herr Thönelt gibt an, dass die Befragung mit der Schule bzw. dem Schulamt abgesprochen bzw. genehmigt ist. Er geht davon aus, dass alle weiteren Vorbereitungen seitens der Schulleitung in die Wege geleitet wurden. Er wird sich umgehend nochmal mit der Schule bzw. dem Schulamt in Verbindung setzen und Rücksprache halten.

Herr Dr. Schulhoff informiert in Bezug auf das Thema darüber, dass es auf Länderebene die AGJF-AG Kinder und Jugendpolitik gibt. Dort teilt sich momentan M-V die Federführung mit Bayern. Es folgt eine Veranstaltung im Januar 2019. Herr Dr. Schulhoff wird dann relevante Ergebnisse dem Landesjugendhilfeausschuss zur Verfügung stellen.

TOP 7 weitere Berichte

Frau Kehrhahn-von Leesen berichtet über die jährliche Klausurtagung der zentralen Adoptionsstellen mit den örtlichen Adoptionsvermittlungsstellen. Diese fand am 06. und 07.11.2018 in Kühlungsborn statt. Unter anderem nahm Frau Gäde vom Schabernack e.V. teil, der die Bewerberkurse für die Adoptionsinteressenten durchführt. Es wird seitens des Schabernack e.V. überlegt, einen weiteren Kurs anzubieten, da die Zahl der Adoptionsbewerber gestiegen ist und vermutlich weiter steigen wird. Die Zentrale Adoptionsstelle beim Landesjugendamt denkt darüber nach, da auch im Bereich der Auslandsadoption die Bewerberzahlen im Land steigen, einen gesonderten Kurs bzw. Thementage für die Interessenten an einer Auslandsadoption anzubieten. Als weitere Referentin war Frau Anne Drescher, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, zur Tagung eingeladen. Sie informierte über den Stand der Aufarbeitung von politisch motivierten Adoptionen in der DDR und die Aktivitäten der Interessenverbände.

Frau Kehrhahn-von Leesen informiert darüber, dass Herr Dettmann das Landesjugendamt zum Ende des Jahres verlassen wird. Die Suche nach einer Nachfolge läuft.

Herr Dr. Schulhoff berichtet darüber, dass er an der Auftaktveranstaltung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teilgenommen hat. Das Bundesfamilienministerium plant im Jahr 2019 zunächst einen einjährigen Dialogprozess. Neben den grundsätzlichen Themen des Kinderschutzes ist das Thema Inklusion sehr stark in den Vordergrund gerückt. Auch die Stärkung des Sozialraumes mit präventiven Hilfen steht im Fokus. Es gibt die Möglichkeit auf der FSFJ-Homepage die Entwicklungen mit zu verfolgen. Wenn es relevante Ergebnisse für den Landesjugendhilfeausschuss gibt, möchte Herr Dr. Schulhoff diese den Mitgliedern zu Verfügung stellen.

TOP 8 Tagesordnung/Themen für die folgenden Sitzungen des LJHA

Herr Heibrock bittet die Mitglieder um Themenvorschläge für die nächste Sitzung und die kommenden Sitzungen im Jahr 2019. Festgehalten wird, dass in der nächsten Sitzung am 06.12.2018 die Mitglieder der AG „Fluktuation der Professionellen“ über die Ergebnisse aus ihren Beratungen berichten werden. Auch soll die Aufgabenbeschreibung für einen möglichen Unterausschuss „Jugend- und Schulsozialarbeit“ nochmals aufgerufen werden. Die AG „Personalausstattung HzE“ wird am 13.11.2018 tagen. Möglicherweise ergibt sich hieraus Material, das in den Landesjugendhilfeausschuss eingebracht werden kann.

Frau Kehrhahn-von Leesen informiert über den Fachtag „Kinderseele in Not“ - ein (selbst-)kritischer Blick auf Hilfesysteme“ des DRK Kreisverbandes Parchim e. V. am 17.10.2018 in Linstow. Auf der Veranstaltung wurden Themenüberschneidungen deutlich. Gegebenenfalls könnte das Material auch für die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses interessant sein. Herr Heibrock erklärt, sich darum zu bemühen, dass die Veranstaltungsdokumentation den Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses zur Verfügung gestellt wird.

Frau Dr. Barner-Brockmann regt an, über die Außenwirkung des Landesjugendhilfeausschusses in den verschiedenen Gremien nachzudenken. Sie findet es merkwürdig, dass der Landesjugendhilfeausschuss nicht im Rahmen der Novellierung des KiföG angehört wurde. Herr Heibrock berichtet, dass es grundsätzlich möglich ist, bei jeder Anhörung des Sozialausschusses eine Stellungnahme abzugeben. Allerdings sind nicht alle Themen für den Landesjugendhilfeausschuss relevant. Zu bedenken ist auch, dass es schwierig ist, in der Kürze der Zeit, die für die Anhörungen eingeplant ist, eine einheitliche Position aller Mitglieder zu finden und dass die Positionierung per se auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert ist. Er erklärt, dass einmal jährlich ein Treffen zwischen dem Sozialausschuss und dem Landesjugend-

hilfeausschuss gesetzlich vorgeschrieben ist. Er wird beim nächsten Treffen darauf hinwirken, dass bei Themen, die den Landesjugendhilfeausschuss angehen, eine Anhörung erfolgt. Im Übrigen kann sich jeder Interessierte über die Themen des Sozialausschusses informieren, um zeitnah zu wissen, ob die Themen für den LJHA interessant bzw. relevant sind. Der Link hierzu wird ins Protokoll aufgenommen.

Link zu der Internetseite des Ausschusses für Soziales, Integration und Gleichstellung:

<https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/ausschuesse/sozialausschuss/?id=1>

Darüber hinaus berichtet Herr Heibrock, dass er häufig zu den Sitzungen der kommunalen Jugendhilfeausschüsse eingeladen wird. Da es sich um ehrenamtliche Mitglieder handelt, wird es relativ schwierig diese zu einer Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses einzuladen. Die Frage, wie sich ein möglicher fachlicher Austausch zwischen Landesjugendhilfeausschuss und den kommunalen Jugendhilfeausschüssen gestalten könnte, könnte ein Thema für eine der kommenden Sitzungen werden.

Als weiteres mögliches Thema schlägt Frau Kehrhahn-von-Leesen die Diskussion zur Reform des Vormundschaftsrechtes vor. Gleichzeitig ruft sie die abschließende Entscheidung über die Einladung einer Mitarbeiterin des Landesdemokratiezentrums zum Thema „Respekt-Coach“ in Erinnerung.

Frau Dr. Barner-Brockmann benennt als mögliches Thema die Auswirkungen der Einführung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) mit der integrierten Teilhabeplanung und die Auswirkung auf die Kinder- und Jugendhilfe.

Herr Deiters wünscht sich im Hinblick auf die Kommunalwahlen im Mai 2019 mit den Mitgliedern einen Austausch über die Möglichkeiten der kommunalpolitischen Partizipation von Jugendlichen und regt an, dass weitere Themenvorschläge an den Vorsitzenden per Mail gesendet werden. Es wird sich darauf verständigt, dass die Verwaltung des Landesjugendamtes allen Mitgliedern eine diesbezügliche Information zukommen lässt.

TOP 9 Sonstiges

Frau Dr. Bösefeldt bittet, den Beginn der Sitzungen nach hinten zu verschieben. Dies ermöglicht den Mitgliedern mit längerer Anreise etwas mehr Spielraum. Der Vorsitzende schlägt vor, dass die Sitzungen zukünftig um 10 Uhr beginnen und nicht mehr wie sonst um 9:30 Uhr.

Unter den anwesenden Mitgliedern gab es keine Anmerkungen oder Widerspruch.

Für das Protokoll

Für die Richtigkeit

gez Dandy Groth
Landesjugendamt M-V

gez Friedhelm Heibrock
Vorsitzender des 7. LJHA

Anlage: Teilnehmerliste der 9. Sitzung